

## Hilfreiches Prinzipienreiten:

# Wie die Agenda 2030 friedlichen Wandel in Konfliktsituationen ermöglichen kann

Seit Januar 2016 gilt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen, den Sustainable Development Goals (SDGs), bildet sie den neuen Kompass der internationalen Zusammenarbeit.

Nun geht es darum, die SDGs umzusetzen. Dabei stehen alle UN-Mitgliedsstaaten vor der Herausforderung, ihre nationalen Entwicklungs- oder Nachhaltigkeitsstrategien an die Anforderungen der Agenda anzupassen. Regierungen alleine werden die SDGs aber nicht erreichen können. Zivilgesellschaftliche Organisationen können wichtige Beiträge zur lokalen Verankerung, Umsetzung und Überprüfung der Agenda leisten. Sie stehen ihrerseits vor der Herausforderung, die Chancen und Risiken des neuen Rahmenwerkes für ihre Arbeit zu bestimmen und eigene Handlungsoptionen zu entwickeln.

Die Kernprinzipien der Agenda 2030 bieten für staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen zentrale Ansatzpunkte, um Potentiale – aber auch Herausforderungen – bei der Umsetzung der SDGs in den Blick zu nehmen. Dieses Briefing soll dazu beitragen, die Kernprinzipien mit Leben zu füllen und damit Orientierung für die SDG-Umsetzung in fragilen Situationen und von Gewalt geprägten Kontexten geben.

### Inhalt

1.	<a href="#">Fragilität und Gewalt in der Agenda 2030</a>	1
2.	<a href="#">Kernprinzipien der Agenda 2030 und ihre Relevanz in fragilen Situationen</a>	2
	<a href="#">Der New Deal als Umsetzungs- und Monitoringinstrument der SDGs in fragilen Staaten</a>	7
3.	<a href="#">Schlussbemerkung: Learn to fly</a>	8

## 1. Fragilität und Gewalt in der Agenda 2030

### Aus der Präambel der Agenda 2030

„Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.“

Schon in der Vergangenheit waren fragile und von Konflikten betroffene Staaten am weitesten davon entfernt, allgemeine Entwicklungsziele zu erreichen – so zum Beispiel auch die Vorgänger der SDGs, die UN-Millenniumsziele. Nach Berechnungen der OECD wird sich deshalb in diesen Staaten extreme Armut weiter konzentrieren. Um dem Anspruch der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen, gerecht zu werden, braucht es daher einen besonderen Fokus auf die Bedarfe der dort lebenden Menschen.

Mit der Integration einer umfassenden Friedensdimension hat die Agenda 2030 anerkannt, dass Gewalt, Fragilität und schlechte Regierungsführung Haupthindernisse für nachhaltige Entwicklung darstellen können. Frieden ist als einer der fünf Grundpfeiler der Agenda verankert (People, Planet, Prosperity,

Peace and Partnership), aber auch als eigenständiges Ziel: Das nachhaltige Entwicklungsziel 16 (SDG 16) fordert die Schaffung friedlicher und inklusiver Gesellschaften und vereint dazu Unterziele in den Bereichen Frieden und Governance.

Damit bietet SDG 16 ein starkes Mandat, die Umsetzung der Agenda 2030 in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten prioritär auf Friedensförderung und Krisenprävention auszurichten und damit zentrale politische Herausforderungen ins Zentrum zu rücken.

## 2. Kernprinzipien der Agenda 2030 und ihre Relevanz in fragilen Situationen

Die Agenda 2030 gibt keine Blaupausen vor, sondern erkennt an, dass sich die Strategien zur Erreichung der Entwicklungsziele von Land zu Land unterscheiden und von den unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten und Herausforderungen abhängen werden.

Auch fragile und von Konflikten betroffene Staaten bilden keine homogene Gruppe, für die einheitliche Umsetzungsstrategien formuliert werden könnten. Dennoch ist Fragilität als Analyseinstrument nützlich, um den Fokus auf die besonderen Herausforderungen zu lenken, die – je nach Kontext – von Defiziten in der staatlichen Autorität, Kapazität und Legitimität über ein erhöhtes Gewaltniveau, bis hin zu langanhaltenden Gewalterfahrungen und damit verbundenden gesellschaftlichen Spaltungen reichen.

So unterschiedlich also nationale Umsetzungsstrategien angesichts komplexer Herausforderungen sein müssen, so sehr braucht es einen verbindlichen Orientierungsrahmen.

Dieses Grundgerüst für die Umsetzung der SDGs bilden die Kernprinzipien der Agenda 2030. Im Folgenden wird ausbuchstabiert, was diese Prinzipien für die Umsetzung der SDGs in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten bedeuten.

### Inklusivität und Beteiligung

Auch wenn in erster Linie die Staaten verantwortlich für die Umsetzung der Agenda sind, lautet ein wichtiges Kernprinzip, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure in die Umsetzung einzubeziehen. Dies betrifft sowohl die Festlegung nationaler Prioritäten und Ziele, aber auch das Monitoring ihrer Umsetzung.

Eine besondere Herausforderung ist dabei, dass das SDG-Zielsystem keinen robusten und kohärenten Rahmen für Themen wie Versöhnung, soziale Kohäsion oder gewaltfreie Konfliktbearbeitung bietet. Gerade in SDG 16 sind die Unterziele vage formuliert und lassen viel Interpretationsspielraum. In einem ersten Schritt müssten daher die recht abstrakten Ziele auf den konkreten Kontext und insbesondere die stittigen Fragen übertragen werden.

Dabei ist der Prozess der lokalen Verankerung gerade in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten ein politisch höchstsensibles Unterfangen. Gleichzeitig kann er aber ein wichtiger Mechanismus sein, um den Anliegen unterschiedlicher Gruppen Gehör zu verschaffen. Politisch sensible Themen können so aus der Tabuzone geholt und besprechbar gemacht werden.

#### Zum Fragilitätsdiskurs

[OECD States of Fragility Reports](#)

[State fragility: towards a multi-dimensional empirical typology](#)

Jörn Grävingholt, Sebastian Ziaja, Merle Kreibaum | DIE Discussion Paper 3/2012

## Inklusive politische Prozesse unterstützen

Wie soll die internationale Gemeinschaft mit Regierungen umgehen, die weniger Motor, sondern eher die Bremse friedlichen und transformativen Wandels sind? Unter anderem im Rahmen des „OECD Network on Conflict and Fragility“ (INCAF) wird seit einiger Zeit darüber nachgedacht, wie externe Akteure inklusive politische Reform- und Aushandlungsprozesse unterstützen und zum Vertrauensaufbau zwischen Staat und Gesellschaft beitragen können.

Erste Ergebnisse verweisen einerseits auf bürokratische Einschränkungen bei den Gebern, zum Beispiel zu kurzfristige Wirkungsorientierung, geringe Flexibilität und Risikoaversität. Geber sollten sich weniger als Problemlöser, sondern als Begleiter inklusiver lokaler Prozesse verstehen. Armut, Marginalisierung oder strukturelle Ausgrenzung sind im Kern politischer Natur und lassen sich nicht mit vorgefertigten Ansätzen lösen. Grundlage eines politischeren Engagements müsse ein tiefes Verständnis der politischen Dynamiken und Interessen der relevanten Akteure vor Ort bilden.

Auch brauche es politische Strategien, um die Beteiligung lokaler Akteure des Wandels in staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Für diese Reformkräfte biete die Agenda 2030 eine Plattform für verstärkte Zusammenarbeit und gleichzeitig einen Referenzpunkt für deren externe Unterstützung.

[Hitting the Target but Missing the Point? Assessing Donor Support for Inclusive and Legitimate Politics in Fragile Societies](#)

Erwin van Veen, Véronique Dudouet | OECD | 2017

[Change in challenging contexts - how does it happen?](#)

Tim Williamson | ODI | 2015

Zivilgesellschaftlichen Akteuren – aber auch reformorientierten Kräften in staatlichen Institutionen und Parlamenten – gibt das Prinzip der Inklusivität ein Instrument an die Hand, gesellschaftspolitischen Wandel auch gegen Widerstände einzufordern und friedensrelevante Themen in nationale Prozesse einzubringen. Aus diesem Grund wäre es falsch, die SDG-Umsetzung in besonders schwierigen Kontexten hintan zu stellen. Stattdessen sollten die SDGs als Instrument der zivilen Konfliktbearbeitung verstanden und ausgestaltet werden.

Gerade angesichts der Tendenzen, den Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Akteure einzuschränken, sollte die internationale Gemeinschaft den SDG-Fortschritt auch daran messen, inwieweit die Umsetzungsprozesse vor Ort inklusiv gestaltet werden. Solche Prozesse sind kein Selbstzweck, sondern helfen dabei, Ergebnisse legitimer und nachhaltiger zu machen.

Internationale Unterstützer müssen also einen Balanceakt bewältigen: Einerseits auf die Ownership der Regierungen vor Ort setzen und nationale Kapazitäten stärken, andererseits einen Beitrag dazu leisten, dass der Raum für (friedliche) gesellschaftliche Auseinandersetzung und politischen Dialog besteht bzw. geschaffen wird. Gerade angesichts so sensibler Themen wie Inklusivität, Sicherheits- und Justizsektorreform oder Versöhnung, braucht es noch mehr Nachdenken darüber, wie dies in Einklang gebracht werden kann (siehe Kasten).

## Integration und Unteilbarkeit

Friedensrelevante Ziele finden sich nicht nur in SDG 16. Zur Armutsbekämpfung strebt Ziel 1.4 den gleichberechtigten Zugang zu sozialen Dienstleistungen und Landnutzung an. Im Bildungsbereich fordert Ziel 4.7, Gewaltlosigkeit und eine Kultur des Friedens in Bildungsinhalte zu integrieren. Im „Gender-SDG“ wird in Ziel 5.2 die Beendigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen genannt. Und Ziel 10.2 will zum Abbau von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen beitragen. Zudem sind die Unterziele zu Governance und Rechtsstaatlichkeit in SDG 16 eng mit den dortigen Friedenszielen verbunden.

Gerade in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten müssen diese und weitere Ziele als Paket – als Friedensdimension – verstanden und umgesetzt werden. Die größte Gefahr läge darin, dass sich Akteure einzelne Unterziele herauspicken, anstatt integriert zu denken.

Leider werden die Schnittstellen (und Zielkonflikte) zwischen Frieden und anderen Handlungsfeldern – wie Bildung, Gesundheit, Land oder Energie – in der Agenda nicht explizit gemacht.

Umso wichtiger wäre es, die Wechselwirkungen und Synergien herauszuarbeiten. Auch die Aufarbeitung von guten Praxisbeispielen kann hierfür hilfreich sein, zum Beispiel, wie die Umsetzung der sozialen und wirtschaftlichen SDGs zur Erreichung friedlicher und inklusiver Gesellschaften beitragen kann. Der breite thematische Ansatz der SDGs bietet das Potential, bisher unterbelichtete Schnittstellen von Frieden und nachhaltiger Entwicklung unter die Lupe zu nehmen und neue integrierte Ansätze zu entwickeln.

Darüber hinaus ist die Unteilbarkeit der SDGs hervorzuheben: Fortschritte in einem Bereich dürfen nicht Fortschritte in einem anderen Bereich unterminieren. Ländliche Entwicklung (SDG 2), Wirtschaftswachstum (SDG 8) oder Stadtentwicklung (SDG 11) müssen beispielsweise die potenziellen Folgen für Gewaltdynamiken abschätzen.

Gesellschaftspolitische Konflikte sind notwendige Bestandteile der Transformation, die die Agenda 2030 anstrebt. Das Prinzip der Unteilbarkeit erfordert daher zumindest, die gesamte Agenda konfliktensensibel umzusetzen – nicht nur in Konfliktregionen.

Der Schlüssel kann hier nur bedingt darin liegen, dass alle Akteure alles machen, sondern dass unterschiedliche Erfahrungen und Expertisen in der Planung, Umsetzung und Evaluierung von Maßnahmen systematisch zusammengeführt werden. Zum Beispiel über die stärkere Kooperation zwischen Friedens- und Entwicklungsorganisationen oder den Einsatz von Friedens- und Konfliktberatern.

### Partnerschaftlicher Ansatz

Die Agenda enthält auch einen Appell für neue Wege der Zusammenarbeit. Mit dem Partnerschaftsprinzip der Agenda 2030 ergibt sich ein Momentum, staatliche, zivilgesellschaftliche und auch privatwirtschaftliche Akteure aus Entwicklung, humanitärer Hilfe, Friedensförderung und Sicherheit hinter transformativen, langfristigen und an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Zielen zu versammeln und enger zusammenzubringen. Häufig tritt in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten eine Vielzahl internationaler Akteure auf. Gerade dann kann eine gemeinsame strategische Vision zur Prävention von Gewalt, zur Reduzierung humanitärer Krisen und zur Friedensförderung hilfreich sein.

Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP) gewinnen deshalb an Bedeutung. Dabei handelt es sich um eine Kooperationsform, bei der Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft gemeinsam nach Lösungen für komplexe Probleme suchen und diese anbieten. In vielerlei Hinsicht scheinen MAP prädestiniert für eine effektive und nachhaltige Friedensarbeit sowie die Prävention und Bearbeitung von Konflikten. Zum einen werden Gewalt und Fragilität immer mehr zum zentralen Problem für nachhaltige Entwicklung. Zum anderen sind die Ursachen gewaltsamer Konflikte vielschichtig.

Dabei ist die Gestaltung von MAP im Umfeld gewaltsamer Konflikte hochsensibel: Friedensförderung hat die Transformation von Beziehungen, Vertrauensaufbau und die Infragestellung von Machtasymmetrien zum Ziel. Eine allein auf technische Problemlösungen orientierte MAP greift zu kurz, wenn ihr keine umfassende Akteursanalyse zu Grunde liegt und Konfliktursachen nicht explizit adressiert werden.

#### Integrierte Friedensdimension

[Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies](#)  
Center for International Cooperation | 2016

#### Multi-Akteurs-Initiativen

[Greater than the sum of our parts: global partnerships for Goal 16](#)  
Saferworld | 2016

[Wie Pilze aus dem Boden: Neue globale Multi-Akteurs-Initiativen zur SDG 16 Umsetzung](#)  
Marc Baxmann | FriEnt | 2016

[Multi-Akteurs-Prozesse zur Umsetzung der SDGs: Was muss beachtet werden?](#)  
Caroline Kruckow | FriEnt | 2016

Auf globaler Ebene bieten Partnerschaften unter anderem die Möglichkeit, globale Faktoren mit Auswirkungen auf lokale Konfliktdynamiken anzugehen. Globale Partnerschaften sollten dafür eng mit der Umsetzung vor Ort verknüpft werden und lokale Akteure einbeziehen – eine Aufgabe auch für die internationale Zivilgesellschaft.

Neue Partnerschaften dürfen dabei nicht dazu beitragen, dass die Verantwortung für die Umsetzung auf Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft oder andere Akteure abgewälzt wird. Echte gemeinsame Anstrengungen und Initiativen basieren auf der Anerkennung der jeweiligen eigenständigen und unterschiedlichen Rollen, auf offenem Austausch und Vertrauen sowie langfristiger Kooperation zwischen den Akteuren.

### **Niemanden zurücklassen**

Das vielleicht fundamentalste Prinzip der Agenda lautet, niemanden zurückzulassen: „leave no one behind“. Angesichts einer zunehmenden Konzentration extremer Armut in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten bedeutet dies zunächst, den marginalisierten Bevölkerungsgruppen in diesen Ländern besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Diskriminierung zeigt sich dort häufig besonders gewaltförmig und extrem. Soziale, politische und ökonomische Ungleichheiten verschärfen Konfliktdynamiken und bilden eine wesentliche Konfliktursache. Ihre Überwindung – wie es auch in SDG 10.2 explizit gefordert wird – ist damit ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Erreichung von SDG 16 und ein wichtiger Beitrag zu Gewaltprävention und Friedensförderung.

Aus friedenspolitischer Sicht ist es dafür geboten, Strategien auf der Grundlage von Daten zu entwickeln, die nach sozialen Gruppen, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Herkunft und anderen Kategorien aufgeschlüsselt sind, um (horizontale) Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen abbilden zu können. Gerade in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten fehlen diese jedoch häufig. Die Erhebung solcher Daten, zum Beispiel durch Zensus, ist politisch sensibel und kann Machtverhältnisse verschieben. Wer definiert, wer Teil einer Identitäts- oder sozialen Bevölkerungsgruppe ist? Werden dadurch nicht eher Zuschreibungen und gefühlte Benachteiligungen verfestigt? Eine global „verordnete“ Disaggregation kann daher auch negative Folgen auf den Konflikt haben. Es ist ohne Frage wichtig, Datenlücken zu schließen, um marginalisierte Gruppen aus der Unsichtbarkeit herauszuholen. Der Weg dorthin ist jedoch ein nationaler politischer Aushandlungsprozess und muss von externen Akteuren dementsprechend umsichtig begleitet werden.

Dies gilt auch für die Unterstützung von Institutionen: Legitime, transparente und effektive Institutionen – wie sie auch in SDG 16.6 gefordert werden – sind ein zentraler Baustein für friedliche Entwicklung. Jedoch kommen in (Post-)Konflikt-Gesellschaften staatliche Institutionen häufig ihrer Schutzfunktion nicht nach und werden zumindest von Teilen der Bevölkerung als illegitim wahrgenommen. Vertrauensaufbau, gesellschaftliche Kohäsion und Versöhnung stellen dann besondere Herausforderungen dar und müssen an zentraler Stelle stehen, um das das Prinzip „leave no one behind“ mit Leben zu füllen. Hier wird beispielhaft deutlich: Die Prinzipien der Agenda 2030 sind für die Umsetzung der SDGs in Konfliktregionen extrem wichtig, gleichzeitig aber mit am schwersten umzusetzen. Sie erfordern, fundamentale Voraussetzungen für die SDG-Umsetzung in den Blick zu nehmen, Schlüsselbegriffe zu dekonstruieren und auch den Mut, eigene Arbeitsansätze, Modelle und Annahmen in Frage zu stellen.

### **Universalität**

Die Agenda 2030 ist getragen vom Geist einer neuen globalen Partnerschaft – der gemeinsamen Verantwortung und der Anerkennung gegenseitiger Abhängigkeiten. Die Agenda gilt für alle Länder und erkennt an, dass Fragilität und Gewalt keine rein innerstaatlichen Ursachen haben. Auch ihre Folgen sind meist grenzüberschreitend. Globale Faktoren, wie illegaler Handel mit

Waffen, Drogen und Menschen, der Handel mit Rohstoffen oder die Landnahme zur Energie- und Ernährungssicherung in Industrieländern, haben massive Auswirkungen auf die Dynamiken lokaler Konflikte. Die Umsetzung der Agenda in fragilen Staaten muss also globale, regionale und lokale Ansatzpunkte im Blick behalten.

Für Deutschland heißt das erstens, negative Folgen eigenen Handelns auf Konfliktodynamiken anderswo zu vermeiden. Hierfür haben zivilgesellschaftliche Organisationen und der Beirat Zivile Krisenprävention vorgeschlagen, dass Bundesregierung und Bundestag sämtliche politischen Initiativen und Gesetzesvorhaben einer Friedensverträglichkeitsprüfung unterziehen. Dies kann auch Teil einer aufgewerteten Nachhaltigkeitsprüfung werden. Hier gibt es Zielkonflikte, vor denen nicht zurückgeschreckt werden sollte.

Zweitens erfordert das Universalitätsprinzip, die Auswirkungen globaler Faktoren auf lokale Konfliktodynamiken stärker in den Blick zu nehmen und kooperativ im globalen Rahmen zu bearbeiten. Hierfür müssten Prioritäten identifiziert werden, welche globalen Strukturfragen aus friedenspolitischer Perspektive mitgestaltet werden müssten.

Drittens bedeutet das Universalitätsprinzip, globale Lern- und Umsetzungspartnerschaften zum Umgang mit Fragilität und Gewalt zu unterstützen. Der International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding (IDPS) hat sich hier als Multi-Akteurs-Forum zwischen Nord und Süd etabliert, es könnte aber geprüft werden, ob weitere Länder einbezogen werden könnten, und wie der IDPS Partnerschaften mit anderen Akteuren und Initiativen – wie zum Beispiel der UN Peacebuilding Commission oder im Rahmen der G20 – stärken kann. Auch die Zivilgesellschaft müsste gestärkt werden, um sich in globalen Prozessen zu den Themen Krisenprävention und Friedensförderung einzubringen.

### Rechenschaftspflicht

Die Agenda 2030 beinhaltet einen starken Überprüfungsmechanismus. Auf allen drei Ebenen – national, regional und global – sollen regelmäßige und inklusive Reviews zum Stand der Umsetzung durchgeführt werden. Dadurch soll die Rechenschaft verstärkt werden, gerade auch gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Nationale Statistikämter werden eine zentrale Rolle bei der Messung der SDG-Umsetzung spielen. Die Komplexität der Agenda und die Anforderungen an die Disaggregation der Daten machen massive Anstrengungen für deren Kapazitätsaufbau notwendig. Allerdings besteht auch hier die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung. Die Förderung von Statistikämtern darf daher nicht einer Blaupause folgen, sondern muss konfliktensibel und als Aushandlungsprozess der relevanten politischen Akteure gestaltet werden.

Ohnehin werden amtliche Daten allein kein vollständiges Bild abgeben können. Gerade bei politisch sensiblen Themen könnten Daten und Umfrageergebnisse von zivilgesellschaftlichen Organisationen herangezogen werden – zumal diese zu vielen Unterzielen aus SDG 16 bereits verfügbar sind. Diese ergänzenden Daten können helfen, Fortschritte auf lokaler Ebene zu messen und die Perspektiven marginalisierter Gruppen einzubeziehen. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen einen ergänzenden Datenaufbau zur amtlichen Statistik und die globale Zugänglichkeit zivilgesellschaftlicher Daten.

Auch lokale zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien sollten daher in ihrer Fähigkeit gestärkt werden, Daten zu erheben und zu nutzen, um ihre Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Angesichts abnehmender Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen stellt sich die Frage, wie globale und nationale Multi-Akteurs-

### Überprüfung

[High Level Political Forum](#)

[SDG 16 Data Initiative](#)

[2016 Global Peace Index](#)

Institute for Economics and Peace



Partnerschaften zur Überprüfung von SDG 16 gestaltet werden können, um Handlungsspielräume zu erhalten und gleichzeitig zu Vertrauensbildung beizutragen.

Gerade in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten ist es eine zentrale Herausforderung, die Wahrnehmungen, Bedarfe und Erfahrungen der Menschen einzubeziehen, um ein umfassendes Bild der Erreichung der komplexen und politisch sensiblen Unterziele aus SDG 16 zu erhalten.

### **Der New Deal als Umsetzungs- und Monitoringinstrument der SDGs in fragilen Staaten**

Über 40 Staaten, zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen haben im April 2016 mit der „Stockholm Declaration on Addressing Fragility and Building Peace in a Changing World“ ihre Verpflichtung erneuert, strukturelle Ursachen von Konflikt und Fragilität im Rahmen des New Deal gemeinsam anzugehen. Die Stockholm Declaration zielt darauf ab, den New Deal als kooperatives Umsetzungs- und Monitoringinstrument für die Agenda 2030 in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten zu positionieren.

Parallelprozesse bei der Umsetzung von New Deal und Agenda 2030 sollen dabei vermieden werden. Grundsätzlich bestehen zwischen beiden Prozessen auch keine unüberbrückbaren Gegensätze, doch einige Unterschiede machen die Zusammenführung durchaus anspruchsvoll. Der New Deal wurde ausschließlich für die Zusammenarbeit mit fragilen Staaten entworfen, während die SDGs universelle Gültigkeit beanspruchen.

Die Peace- and Statebuilding Goals des New Deal benennen die Prioritäten für fragile und von Konflikten betroffene Staaten wesentlich präziser und verbindlicher als die breit angelegte SDG-Agenda. Der New Deal ist darüber hinaus wesentlich prozessorientierter als die Agenda 2030, die vor allem thematisch ausgerichtet ist. Auch fokussiert der New Deal auf die Stärkung staatlicher Kapazitäten, während die Agenda 2030 die gesellschaftliche Ebene in den Mittelpunkt rückt.

Gerade die letzten beiden Punkte machen aber deutlich, dass in der Zusammenführung von Agenda 2030 und New Deal große Chancen bestehen, Lücken des jeweils anderen Prozesses zu schließen. Die Prinzipien des New Deal, die im Kern darauf abzielen, das Vertrauen zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen fragilen Staaten und ihren Entwicklungspartnern zu stärken, können für die Umsetzung der SDGs sehr hilfreich sein. Der International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding kann als Plattform dienen, mittels derer die Umsetzung der SDGs in fragilen Staaten begleitet wird.

Im Rahmen der g7+ Gruppe haben sich die am New Deal beteiligten fragile Staaten bereits intensiv darüber ausgetauscht, wie SDGs, New Deal und die jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategien zusammengeführt werden können, welche Prioritäten gesetzt werden sollten und wie die Überprüfung der beiden Rahmenwerke Hand in Hand gehen kann. Damit diese Anstrengungen nicht auf technischer Ebene stecken bleiben, sollte mit Hilfe externer Unterstützung ein strukturierte Dialog zwischen Staat und Gesellschaft auf nationaler Ebene gestärkt werden.

[Independent Review of the New Deal for Engagement in Fragile States](#)

[Stockholm Declaration on Addressing Fragility and Building Peace in a Changing World](#)  
IDPS | 2016

[Realisation of the SDGs in Countries Affected by Conflict and Fragility: the Role of the New Deal](#)  
IDPS | 2016

### 3. Schlussbemerkung: Learn to fly

Die Umsetzung der SDGs in fragilen und von Gewalt geprägten Situationen gehört zu den zentralen Herausforderungen der internationalen Zusammenarbeit. Weder „business as usual“ noch „one size fits all“-Ansätze sind angebracht. Stattdessen müssen neue Wege in der Zusammenarbeit beschritten werden, die den Prinzipien der Agenda 2030 gerecht werden.

Die Operationalisierung der Agenda in fragilen Staaten wird wertvolle Erfahrungen liefern, wie eine fragilitäts- und konfliktsensible Umsetzung der SDGs möglich wird. Hierfür braucht es Investitionen in Lern- und Austauschplattformen und innovative Partnerschaften.

Letztendlich ist die Agenda 2030 nicht mehr als ein hilfreicher Startpunkt. Für eine ambitionierte friedensorientierte Umsetzung müssen deren Kernprinzipien mit Leben gefüllt werden. Denn diese bieten das wirksamste Instrument, um einer verkürzten, sicherheitsorientierten Interpretation der SDGs mit einem umfassenden, entwicklungsorientierten und kooperativen Ansatz zur Krisenprävention, inklusiven Politik, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit entgegenzutreten.

Inklusivität, Integration, Kooperation und Universalität sind die Schlüsselprinzipien der Agenda 2030. Sie erfordern, die SDGs weniger als technische Herausforderung, sondern vielmehr als politischen Hebel für friedliche Transformation in spezifischen Situationen zu interpretieren. Um diesen zu nutzen, kommt es auf die Unterstützung lokaler Reformkräfte und breite Ownership an. Im Kern geht es darum, die Agenda für die Gestaltung schwieriger Aushandlungs- und Vertrauensbildungsprozesse vor Ort zu nutzen.

Angesichts globaler Trends und festgefahrener Konfliktsituationen stehen viele Fragezeichen vor einer ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030. Aber sie bietet im Moment wahrscheinlich einen der wenigen Anker, um friedliche Transformation lokal und global voranzutreiben.

#### Handreichungen

[UNDP offer on SDG implementation in fragile situations](#)  
UNDP | 2016

[Goal 16 Advocacy Toolkit](#)  
TAP Network

#### Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)  
c/o GIZ, Friedrich-Ebert-Allee 36  
53113 Bonn  
Tel. +49-228-4460-3583  
Fax. +49-228-4460-22-3583  
[info@frient.de](mailto:info@frient.de)  
[www.frient.de](http://www.frient.de)

ISSN: 1861-8634  
V.i.S.d.P.: Natascha Zupan

Autor: Marc Baxmann

Die Inhalte geben die Meinung des Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitglieder wieder.